

Stand zur Umsetzungsstrategie „Perspektiven für Kinder in Armut“ zum Herbst 2011

Die Stadt Hannover hat mit dem „Hannoverschen Weg“ für Perspektiven von Kindern in Armut (Ds. 0771/2010 und 698/2010)

- prioritäre Zielgruppen identifiziert
- Angebote und Chancen in elf Handlungsfeldern skizziert
- Schlüsselmaßnahmen, -institutionen, -räume und -personen benannt und Partner einbezogen.

Als eine der ersten Konsequenzen aus erkannten und formulierten Handlungsbedarfen wurden aus dem Hannoverschen Weg insgesamt **fünf Schlüsselthemen** aus **vier Handlungsfeldern** zur Entwicklung von Perspektiven für Kinder, Jugendliche und ihre Familien in Armut aufgegriffen und dafür folgende Ziele im Rahmen einer Umsetzungsstrategie skizziert (Ds. 2274-2010):

Handlungsfeld	Ziel
Kinder früh fördern	Kinder mit Migrationshintergrund früher erreichen
Grundbedürfnisse sichern	Mittagstische mit Ganztagschulprogramm verbinden
Krisen bewältigen, Grundbedürfnisse sichern	Mittagstische und Kommunalen Sozialdienst miteinander verzahnen
Elternbildung	Angebotsstruktur der Elternbildung weiter entwickeln
Grundbedürfnisse sichern	Überschuldung Jugendlicher und junger Erwachsener präventiv entgegenwirken

Für jedes der fünf Ziele wurde eine eigene Umsetzungsstrategie entwickelt (Ds. 2274-2010), zu der mit Stand Herbst 2011 folgender Sachstand mitgeteilt wird:

Umsetzungsstrategie 1: Migrantenkinder früher erreichen

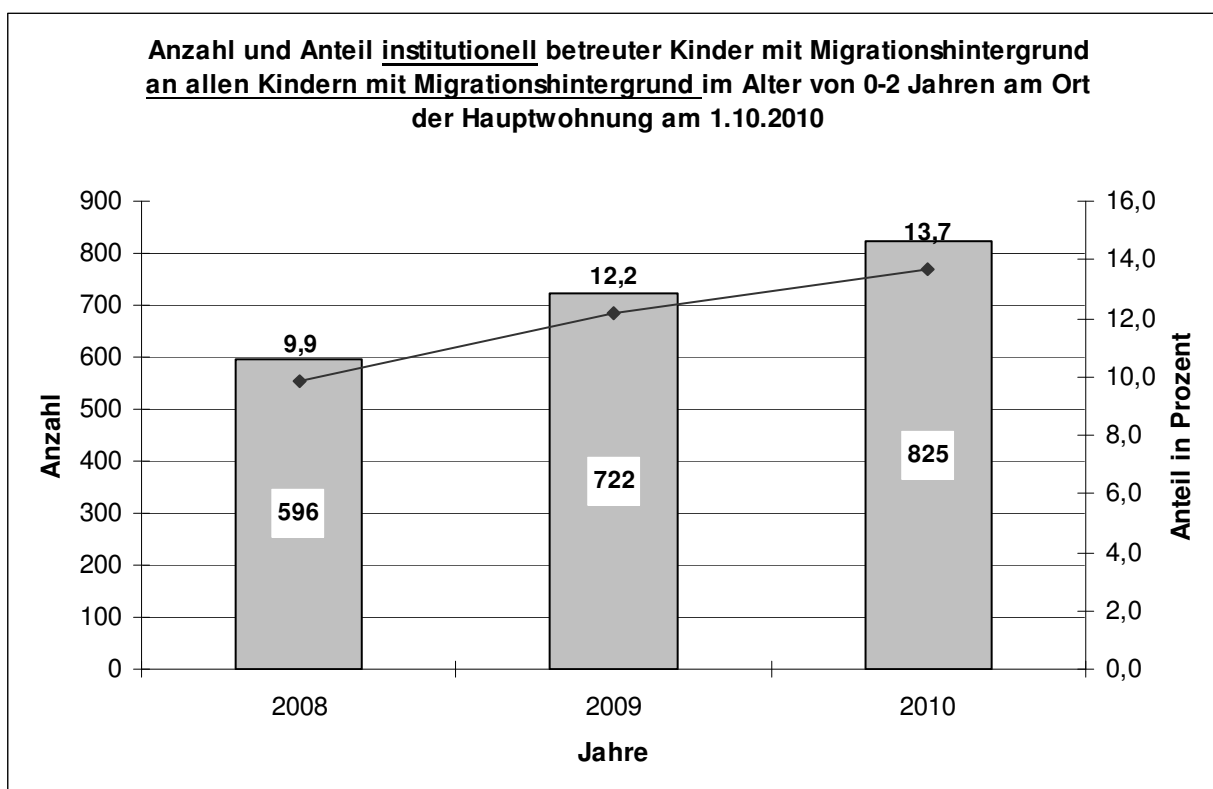
Handlungsfeld: "früh fördern"

Handlungsansatz: Migrantenkinder sind überproportional von Armut betroffen, aber unterdurchschnittlich in Krippen vertreten: Aufklären und Werben

Ziele (vgl. Ds. 2274-2010), beschrittene Wege der Zielerreichung seit 2010 und aktueller Sachstand

In Bezug auf die anvisierten Wege der Zielerreichung gibt es zum Herbst 2011 folgenden Sachstand:

Insgesamt ist die Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund in der Betreuung der 0 bis 2 Jährigen im Zeitraum 2008 bis 2010 um über 200 Kinder angestiegen. Am 1.10. 2010 wurden fast 14 % der Kinder mit Migrationshintergrund institutionell betreut. Zwei Jahre zuvor waren es noch unter 10 % (vgl. Abbildung). Diese Entwicklung deutet darauf hin, dass die Anzahl der institutionell betreuten Kinder im Zusammenhang mit der Anzahl der zur Verfügung stehenden Plätze steht und sich der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund sukzessive erhöhen wird.



Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Fachbereich Jugend und Familie und Fachbereich Steuerung Personal und Zentrale Dienste, Bereich Wahlen und Statistik

Dennoch ist absehbar, dass auch bei einer Vollversorgung im Krippenbereich einige Eltern, je nach kulturellem Hintergrund, aus verschiedenen Gründen ein Betreuungsangebot im Krippenalter nicht nachfragen werden (Erklärungsansätze hierfür siehe Ds.1368/2011). Aus diesem Grund wird nach wie vor das Ziel verfolgt, Kinder auch über alternative und niedrigschwellige Angebote zu gewinnen, die sich auch an Eltern mit Migrationshintergrund richten:

1. In sechs von 23 Familienzentren an den Kindertagesstätten sind sogenannte **Stadtteilmütter** angesiedelt worden (Ds.1368/2011). Die Stadtteilmütter sind Migrantin-

nen, die als Brückenpersonen zwischen der Migrationsbevölkerung und den öffentlichen Einrichtungen dienen sollen. Ein Teil ihrer Aufgabe ist es, aktiv für den Besuch von Kindertageseinrichtungen zu werben. Ein weiterer Ausbau ist inzwischen projektiert.

2. Ein eher niedrighschwelliges Angebot für Eltern mit Kleinstkindern sind die sogenannten **GemeinsamWachsen-Gruppen** (Ds.1423/2011) in Familienzentren. Hier wird ein Beitrag zur frühkindlichen Bildung geleistet. Die Zugangsschwelle ist extrem niedrig und verschafft sowohl einen Zugang zu den Kindertageseinrichtungen, als auch zu den Beratungsinstitutionen. Insbesondere Familien, die mit den klassischen institutionellen Angeboten nicht erreicht werden, sollen hier angesprochen werden.
3. Sowohl eine weitere Aufklärungskampagne, als auch ein Expertenforum sind in 2011 nicht gestartet worden. Vielmehr ist verabredet, im Rahmen der ab 2012 stattfindenden **Familienkonferenzen** an exemplarisch ausgewählten Standorten die Fragen zur Zugangserleichterung für Kinder von Migrantenfamilien in Kindertageseinrichtungen zu erörtern und weitere konkrete Lösungsansätze zu entwickeln.

Ausblick, nächste Schritte

Der Ansatz, Eltern mit Migrationshintergrund über oben genannte niedrighschwellige Angebote zu erreichen, erweist sich als richtig und wird fortgesetzt.

Umsetzungsstrategie 2: Mittagstische einbinden

Handlungsfeld: " Grundbedürfnisse sichern"

Handlungsansatz: Mittagstische mit Ganztagsschulprogramm verbinden

Ziele (vgl. Ds. 2274-2010), beschrittene Wege der Zielerreichung seit 2010 und aktueller Sachstand

Das Thema „Einbindung der Mittagstische in die Ganztagsgrundschule“ wurde in einem ersten Schritt exemplarisch in Linden-Süd und in Stöcken mit den Anbietern von Mittagstischen im Stadtteil und den dortigen Grundschulen diskutiert und kommt zu folgendem Zwischenstand:

1. Preise und finanzielle Rahmenbedingungen: Eine Bestandsaufnahme ergab, dass es in jeder Einrichtung unterschiedliche Preise für ein Mittagessen gibt und die finanziellen Rahmenbedingungen in jeder Einrichtung andere sind.
2. Ziel der Grundbedürfnissicherung: Generell wurde es begrüßt eine Möglichkeit zu schaffen, die es allen Kindern erlaub, in der Schule essen zu können.
3. Einschätzung Praktikabilität: Aus Sicht der o.g. Beteiligten erweist sich eine flächendeckende Zusammenlegung der Angebote in der Schule zurzeit als nicht praktikabel. Als Haupthemmnis hierbei erweisen sich die Verschiedenheit der Preisgestaltung, die unterschiedlichen Fördergrundlagen bei den einzelnen Trägern und die jeweilige Ausgestaltung der Mittagstische. Dennoch wurde ein Engagement der Träger in der Schule nicht ausgeschlossen.

Umsetzungshemmnisse

Es bestehen in Hannover seit Jahren diverse außerschulische pädagogische Mittagstische freier Träger in verschiedenen Stadtteilen, die erfolgreich arbeiten und sich nicht nur an die Zielgruppe der Grundschul Kinder richten. Bei einer Versorgung der Grundschul Kinder in der jeweiligen Grundschule müssten für diese außerschulischen Angebote die Konzeptionen überarbeitet werden.

Ausblick, nächste Schritte

Der Fachbereich Bibliothek und Schule erarbeitet zurzeit ein Konzept zur Mittagessensversorgung an Grundschulen.

Umsetzungsstrategie 3: Mittagstische und KSD systematischer verzahnen

Handlungsfeld: „Krisen bewältigen, Grundbedürfnisse sichern“

Handlungsansatz: Mittagstische und Kommunalen Sozialdienst miteinander verzahnen

Ziele (vgl. Ds. 2274-2010), beschrittene Wege der Zielerreichung seit 2010 und aktueller Sachstand

Entsprechend den in oben angegebener Drucksache genannten Hintergründen und Zielen hat der Kommunale Sozialdienst mit den Anbietern von Mittagstischen Kontakt aufgenommen. Ziel der Gespräche war es, zu einheitlichen Absprachen hinsichtlich der Wahrnehmung und der Reaktion auf „vernachlässigte Kinder“ zu kommen. Das im Kommunalen Sozialdienst entwickelte Konzept zum „Erkennen von Kindeswohlgefährdung“ wurde bei den Gesprächen als Grundlage hinzugezogen. Zum Herbst 2011 gibt es folgenden Sachstand:

1. Angebote des Kommunalen Sozialdiensts: Den Mittagstischen wird angeboten, dass sie das Wissen des Kommunalen Sozialdiensts hinsichtlich der frühen Wahrnehmung von Kindesvernachlässigung und der Einleitung und Entwicklung weitergehender, auch präventiver Hilfen quasi als „Dienstleistung“ abrufen und nutzen können. Mit Blick auf das neue Kinderschutzgesetz im Jahr 2012 wird darauf hingewiesen, dass freie Initiativen die Beratungsleistung der Jugendämter in Anspruch nehmen können.
2. Mittagstische in Hannover – eine Bestandsaufnahme: Die Gespräche wurden ferner dazu genutzt, um die Bestandsaufnahme der Mittagstischangebote in Hannover zu aktualisieren und zu standardisieren hinsichtlich der Beschreibung des Angebots. Aufgelistet sind dort die Angebote, die für alle Kinder oder Jugendliche offen sind (vgl. Anlage: Mittagstische in Hannover nach Stadtbezirken mit Stand September 2011). Demnach gibt es in Hannover 20 offene Mittagstische mit stadtbezirklicher Ausrichtung und darüber hinaus vier überbezirkliche, stadtweite Angebote, die sich zum Teil auch an Erwachsene richten und beispielsweise Lebensmittel und andere Dinge des täglichen Bedarfs verteilen.

Umsetzungshemmnisse

Letztlich sehen alle Anbieter von Mittagstischen eine Kooperation mit dem Kommunalen Sozialdienst und weitergehende Gespräche als ausgesprochen sinnvoll an. Für eine Vereinbarung im Sinne eines Vertrages sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur wenige bereit. Insbesondere die freien Initiativen oder Vereine lehnen bislang eine Festlegung in einer Kooperationsvereinbarung ab.

Ausblick, nächste Schritte

Aufgrund der grundsätzlich vorhandenen Kooperationsbereitschaft will der Kommunale Sozialdienst die weitergehenden Gespräche dahingehend nutzen, um mit den Anbietern der Mittagstische auf freiwilliger Basis Standards zu erarbeiten, die in Richtung der o.g. Ziele gehen. Das betrifft die

- Absprachen für den Einzelfall
- Festlegung von Standards im Umgang mit Kindeswohlgefährdung
- Festlegung von Tagungsintervallen
- Motivation zum Abschluss einer schriftlichen Kooperationsvereinbarung.

Umsetzungsstrategie 4: Angebotsstruktur im Bereich Elternbildung weiter entwickeln

Handlungsfeld: Elternbildung

Handlungsansatz: Angebotsstruktur der Elternbildung weiter entwickeln

Sachstand und Ziele

Die Ergebnisse des Projekts Koordination Elternbildung der Landeshauptstadt Hannover liefern wertvolle Hinweise für eine effektive Gestaltung der Elternbildung. Wesentliche Ergebnisse des Projekts sind:

- Hannover hält eine große Vielfalt an Angeboten für Eltern vor, mit herausragenden Rahmenbedingungen, die flexibel und schnell auf die Bedarfe im Sozialraum reagieren.
- Eltern erleben durch niedrigschwellige Angebote die Stärkung und Unterstützung ihrer Erziehungskompetenz.

Die Notwendigkeit, bisher weitgehend unberücksichtigten Personengruppen wie Eltern mit Kindern unter 3 Jahren, Alleinerziehende, Väter und Familien mit Migrationshintergrund verstärkt zu erreichen, speziell anzusprechen und in Konzepten und Maßnahmen zu berücksichtigen, soll im Wesentlichen geschehen über:

- Die Stärkung der vorhandenen Netzwerke und die Schaffung von entlastenden Angeboten für Eltern,
- niedrigschwellige Angebote durch im Stadtgebiet vorhandene Institutionen und Anlaufstellen, um Mütter und Väter in benachteiligten sozialen Lebenslagen zu erreichen,
- eine Verknüpfung mit anderen Programmen (Begrüßungsbesuche, FuN, Stadtteilmütter usw.).

Das **Programm Elternbildung** in Hannover trägt dazu bei, die positiven Rahmenbedingungen für Familien mit ihren Kindern in Hannover zu erhalten und zu verbessern. Es kann dem häufigen Zusammenwirken zwischen sozialer Herkunft, Lebens- und Bildungschancen sowie Armutsrisiken entgegenwirken.

Beschrittene Wege der Zielerreichung seit 2010

1. Stadtteilpläne für Eltern: Um Müttern und Vätern die Anbieter- und Angebotsübersicht ihres Stadtgebietes bekannt zu machen und den Zugang zu erleichtern, sind Stadtteilpläne für Eltern in den jeweiligen Stadtgebieten als Wegweiser entwickelt worden, worin auf Anbieter von Elternbildung und -beratung vor Ort hingewiesen wird. Diese Pläne werden Eltern als Printversion zur Verfügung gestellt und sind zudem unter www.Hannover.de abrufbar.
2. Neuorganisation fachbereichsinterner Arbeitsstrukturen: Im Fachbereich Jugend und Familie werden alle Fachkonzepte und Programme zur Zusammenarbeit mit Eltern und Bildung/Beratung von Eltern bereichsübergreifend bearbeitet, koordiniert und ggf. durchgeführt. Die Zusammenarbeit erstreckt sich über die Entwicklung und Durchführung von Programmen und Konzepten sowie den Einsatz personeller und sächlicher Ressourcen. Die bereichsübergreifende AG Elternbildung kooperiert themenbezogen, fachbereichsübergreifend und mit Akteuren aus den jeweiligen Sozialräumen. Eine Steuerungsgruppe gibt unter Berücksichtigung von Sozial- und Infrastrukturdaten Vorschläge und Anregungen zu Standorten für künftige Familienzentren. Der gesamte Prozess ist in Elternbildungskonferenzen eingebettet.
3. Umsetzung neuer Zugangskonzepte: Das Programm *GemeinsamWachsen* ist ein offenes Gruppenangebot für Mütter und Väter mit ihren Kindern im Alter von 0-3 Jahren und wird an acht verschiedenen Standorten an Familienzentren in Hannover angeboten. Das Projekt der *GemeinsamWachsen* Gruppen ist ein niedrigschwelliges Angebot, das offen für Eltern und Kinder im Stadtteil ist. Insbesondere sollen auch Eltern, deren Kinder nicht in institutioneller Betreuung sind mit diesem Angebot erreicht werden (vgl. Umsetzungsstrategie 1: Migrantenkinder früher erreichen).

4. Kooperation der Familienzentren mit städtischer Beratungsstelle: Die Kooperation der Familienzentren mit der Jugend-, Familien- und Erziehungsberatung stellt einen Schwerpunkt der Tätigkeit der städtischen Beratungsstellen dar. Neben der Stärkung der elterlichen Erziehungsfähigkeit ist es auch Ziel der *GemeinsamWachsen* Gruppen, dass Eltern die Bildungsprozesse ihrer Kinder bewusst erleben und begleiten können.
5. Aufsuchende Elternarbeit: Begrüßungsbesuche zum Willkommenheißen der Neugeborenen und zur Überreichung der Begrüßungspakete wurden in Zusammenarbeit mit den Familienbildungsstätten in den Modellstadtbezirken Südstadt/Bult, Nordstadt, Kirchrode/Bemerode/Wülferode und Döhren/Wülfel auch im Jahr 2011 im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel fortgeführt¹.

Ausblick, nächste Schritte

Elternwegweiser: Erarbeitung detaillierter Stadtteilkonzepte/Elternwegweiser mit einer Übersicht der Angebote in den jeweiligen Gebieten. Die Elternwegweiser orientieren sich dabei an den unterschiedlichen Lebensphasen von Familien.

Erarbeitung von Qualitätsmerkmalen: Für niedrigschwellige Zugangskonzepte in den bisherigen Stadtgebieten werden im Rahmen der fortgeführten Elternbildungskonferenzen Qualitätskriterien entwickelt.

Elternbildung: Um Wirksamkeit und Nachhaltigkeit von Elternbildung weiter zu stärken, wird das Engagement im Bereich Elternbildung und Beratung in den bisherigen Gebieten fortgeführt bzw. auf weitere Gebiete mit besonderem sozialem Handlungsbedarf übertragen.

Elterntreffs: Es werden durch Neuausrichtung und Umsteuerung bestehender Ressourcen an bis zu zwei Standorten in Gebieten mit besonderem sozialem Handlungsbedarf offene Elterntreffs aufgebaut. Hierbei werden wohnortnahe Einrichtungen im Sozialraum als potentielle Anlaufstellen und Beteiligungsorte besonders berücksichtigt.

Evaluation: Die Auswertung der Modellversuche (*GemeinsamWachsen*, Begrüßungsbesuche, Elterntreffs) wird durch eine Standort vergleichende Analyse erfolgen, die sich insbesondere auf folgende Punkte bezieht:

- Erreichung von Zielgruppen
- Akzeptanz der Angebote
- Kooperation mit Familienzentren
- Mitteleinsatz.

Ziel der Auswertung ist es, ergänzende Informationen und Daten vorzulegen, die zum Ende des Jahres 2011 die Entscheidung hinsichtlich der weiteren Arbeit in den Aufgabenfeldern Elternbildung und Aufsuchende Elternarbeit unterstützen.

¹ Mit dem Haushaltsbegleitantrag (zur DS 1583/2010) war es formuliertes Ziel, in den Familienzentren ein spezifisches Angebot für Eltern mit Kleinkindern (0 - 2 Jahre) aufzubauen und damit die frühkindliche Bildung und Entwicklung zu fördern/Elternbildung. Ergänzend wurde die Verwaltung beauftragt, im Rahmen der Auswertung des Modellversuches der Begrüßungspakete/-besuche darzustellen, wie eine Fortführung und stadtweite Ausweitung finanziell und organisatorisch möglich ist. Ziel der Auswertung ist es, ergänzende Informationen und Zahlen vorzulegen, die zum Ende des Jahres 2011 die Entscheidung hinsichtlich der weiteren Arbeit in den Aufgabenfeldern „Elternbildung und Aufsuchende Elternarbeit“ unterstützen. Diesen Auftrag aufgreifend wird eine Standort vergleichende Analyse zu folgenden Inhalten vorgenommen: Erreichung von Zielgruppen, die Akzeptanz der Angebote, die Kooperation mit Familienzentren und benötigter Mitteleinsatz bei Fortführung.

Umsetzungsstrategie 5: Überschuldung vermeiden

Handlungsfeld: „ Grundbedürfnisse sichern“

Handlungsansatz: Überschuldung Jugendlicher und junger Erwachsener präventiv entgegenwirken

Sachstand und Ziele (vgl. Ds. 2274-2010)

Ziel dieses Teils der Umsetzungsstrategie war neben der Einbeziehung ergänzender Schlüsselinstitutionen (Hauptschulen, BBS, Kooperation mit der VHS², JobCenter U25, bilaterale Beratungsangebote bei der Jugendgerichtshilfe, Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Sozialdienst), eine Zielgruppenerweiterung, indem das Thema Schuldenprävention auch verstärkt im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit platziert werden soll. Leitidee der Zusammenarbeit ist, dass

- 50.07 fachliches Know-How und
- 51.5 pädagogisches Know-How einspeist.

Beschrittene Wege der Zielerreichung seit 2010 / aktueller Sachstand

Im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit wird insgesamt eher ein ganzheitlicher Präventionsansatz verfolgt (Gewalt-, Alkohol-, Drogen- und Schuldenprävention), weshalb eine Fokussierung auf das Thema Schulden in der Beratungsarbeit eher kontraproduktiv wäre. Ein möglicher Zugang zu anderen, jüngeren Zielgruppen könnten zunächst Jugendzentren und Spielparks, später ggf. Familienzentren und andere Partner des Heimverbands (51.4.) sein. Hierzu ist es erforderlich, dass die Mitarbeiter/innen des Fachbereichs 51 durch die Schuldenberater des Fachbereichs 50 entsprechend geschult werden, damit diese

- entsprechendes Wissen haben
- die Aufmerksamkeitsrichtung geschärft wird und
- überhaupt drohende Verschuldung erkennen können.

Hierfür wurde eine Kooperation zwischen 50.07 und 51.5 vereinbart mit dem Ziel, dass 50.07 den entsprechenden Mitarbeiter/innen der offenen Kinder- und Jugendarbeit Basiswissen vermittelt, so dass diese als MultiplikatorInnen in den jeweiligen Einrichtungen die bestehenden Beziehungen nutzen, um Präventionsarbeit zu leisten. Ggf. ist auch eine Öffnung dieser Multiplikatorenschulung für freie Träger denkbar. Der Ansatz ist als primäre Präventionsarbeit einzustufen (Stichwort: vorbeugend informierend, nicht Schulden regulierend). Unabhängig davon kann es immer wieder notwendig sein, über die vorbeugenden Gruppentermine hinaus Einzelfallberatungen zu leisten.

Umsetzungshemmnisse

Multiplikatorenschulungen werden auch weiterhin den Schulen, dem JobCenter und der VHS angeboten, aber kaum abgerufen.

Ausblick, nächste Schritte

Für 50.07 bedeutet diese Kooperation eine Ausweitung der bisherigen Säulen im Präventionskonzept „junge Menschen erste Schulden“. Für die Zusammenstellung / Akquirierung / Einladung der TeilnehmerInnen ist 51.5 verantwortlich, 50.07 für die Vorbereitung der Inhalte und die Durchführung der Veranstaltungen.

² In Kooperation mit der VHS sind insgesamt vier Veranstaltungen (3 x Hauptschulkurs, 1x Realschulkurs) erfolgreich gelaufen.